

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Anne Helm (LINKE)**

vom 10. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Februar 2020)

zum Thema:

**Extrem rechte Prepper-Szene in Berlin (IV)**

und **Antwort** vom 26. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. März 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (Linke)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage 18/22 611  
vom 10. Februar 2020  
über Extrem rechte Prepper-Szene in Berlin (IV)

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Sogenannte Prepper legen Vorräte (Lebensmittel, Gegenstände des alltäglichen Bedarfs oder auch Waffen) an, um auf Katastrophen, Kriege oder politische Umstürze vorbereitet zu sein. Über eine Schnittmenge zwischen der Prepper-Szene, der rechtsextremistischen Szene oder dem Spektrum der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor. Die Prepper-Szene als solche unterliegt daher nicht der Bearbeitung durch den Berliner Verfassungsschutz. Dem Senat sind jedoch einzelne Personen aus der rechtsextremistischen Szene bekannt, die sich Techniken und Verhaltensweisen der sogenannten Prepper bedienen.

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über sogenannte „Überlebensgruppen“ aus dem russischen Sozialen Netzwerk V-Kontakte (VK) und deren Verbindungen nach Berlin? (Bitte aufschlüsseln.)

Zu 1.:

Siehe Vorbemerkung.

2. Welche Kenntnisse hat der Senat darüber hinaus über Personen im VK-Netzwerk, die
  - a. der Partei „Die Rechte“,
  - b. dem III. Weg,
  - c. der Reichsbürger-Szene,
  - d. der Partei Alternative für Deutschland (AfD),
  - e. der Partei Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD),in Berlin nahestehen? (Bitte einzeln nach Gruppierung und Anzahl der Personen aufschlüsseln.)

Zu 2.:

Viele Rechtsextremisten nutzen das russische soziale Netzwerk vk.com, darunter Personen, die Bezüge zur Partei „Der III. Weg“, der „Reichsbürger-Szene“ sowie der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) haben. Die Nutzung von vk.com durch Personen dieses Spektrums ist die Folge eines konsequenteren Vorgehens der Betreiber anderer sozialer Netzwerke, insbesondere Facebook, Accounts rechtsextremistischer Nutzer zu sperren. Vk.com wird üblicherweise zur internen Vernetzung und Kommunikation verwendet. Über individuelle Profile gibt der Senat aus Gründen des Datenschutzes keine Auskunft.

3. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine Verbindung zwischen Personen, die in dem Sozialen Netzwerk VK und der Chatgruppe „Nordkreuz“ aktiv sind?

Zu 3.:

Ein Ermittlungsverfahren „Nordkreuz“ wird beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführt. Die parlamentarische Kontrolle von Bundesbehörden und ihrer nachgeordneten Behörden, einschließlich des damit einhergehenden parlamentarischen Fragerechts, obliegt ausschließlich dem Deutschen Bundestag. Eine Beantwortung der Frage kann daher nicht erfolgen.

4. Welche neueren Kenntnisse hat der Senat seit der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage vom 27. November 2018, Drs. 18/17176, über Verbindungen der Prepper- mit der Reichsbürger-Szene sowie anderweitigen so genannten Selbstverwaltern? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 4.:

Dem Senat liegen keine neueren Erkenntnisse vor, die eine andere Einschätzung, als diejenige, die in der Schriftlichen Anfrage 18/17176 vorgenommen wurde, erfordern würde. Siehe Vorbemerkung.

5. Welche Kenntnisse hat der Senat über Immobilien, die Angehörigen der sogenannten Prepper-Szene in Berlin zuzuschreiben sind, sowie Orte regelmäßiger gemeinsamer Treffen? (Bitte einzeln nach Ort und Art der Immobilie sowie Pacht-, Miet-, oder Eigentumsverhältnis aufschlüsseln.)

Zu 5.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

6. Welche Kenntnisse hat der Senat über extrem rechte Strömungen und Radikalisierungstendenzen innerhalb der Berliner Prepper-Szene seit 2018 und welche Präventionsmaßnahmen werden in Bezug auf den Umgang mit extrem rechten Preppern durch Berliner Sicherheitsbehörden angestrebt oder bereits durchgeführt? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 6.:

Dem Senat liegen keine Erkenntnisse zur Fragestellung vor. Zur 211. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren (IMK) wurde die 2. Fortschreibung des gemeinsamen Bundeslagebildes zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ unter Einbeziehung der sogenannten Prepper vom 24.09.2019 vorgelegt. Eine Veränderung der Bewertung bezüglich der heterogenen Prepper-Szene ergab sich daraus nicht. Somit ergeben sich auch keine Handlungsansätze für weitergehende Maßnahmen durch die Berliner Sicherheitsbehörden.

7. Welche aktualisierten Zahlen hat der Berliner Senat seit der 208. Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK) in Bezug auf das „Gemeinsame Bundeslagebild ‚Reichsbürger und Selbstverwalter‘ unter Einbeziehung der sogenannten ‚Prepper‘“ und welche Maßnahmen ergeben sich aus den aktualisierten Zahlen im Umgang mit der „Prepper-Szene“? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 7.:

Siehe Vorbemerkung und Antwort zu Frage 6.

8. Wann und auf welchen Sitzungen der IMK wurde zum „Gemeinsamen Bundeslagebild ‚Reichsbürger und Selbstverwalter‘ unter Einbeziehung der sogenannten ‚Prepper‘“ mit welchen jeweiligen Inhalten oder ggf. Beschlüssen berichtet? (Bitte einzeln nach Datum und Inhalten aufschlüsseln.)

Zu 8.:

In der 207. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren vom 07. bis 08.12.2017 nahm die IMK den mündlichen Bericht des Vertreters des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu einem Ermittlungsverfahren gegen zwei Beschuldigte der sogenannten Prepper-Szene zur Kenntnis. Daraus erwuchs das Erfordernis, die bundesweiten Erkenntnisse von Polizei und Verfassungsschutz bezüglich der Prepper-Szene in den fortzuschreibenden Lagebericht zu den Reichsbürgern und Selbstverwaltern einzubeziehen. Die IMK beauftragte den Arbeitskreis II (AK II) und den Arbeitskreis IV (AK IV), einen entsprechenden Bericht zur 208. Sitzung vorzulegen.

In der 208. und 211. Sitzung (06. bis 08.06.2018 und 04. bis 06.12.2019) nahm die IMK gemäß den Beschlussniederschriften den Bericht und die Fortschreibungen des gemeinsamen Bundeslagebildes zu „Reichbürgern und Selbstverwaltern“ unter Einbeziehung der sogenannten Prepper zur Kenntnis.

9. Wann, mit welchen Inhalten und Ergebnissen wurden in welchen Lagebesprechungen und Arbeitsgruppen des „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ (GETZ) durch das Berliner Landeskriminalamt oder welche anderen teilnehmenden Akteure

- a. Reichsbürger,
  - b. Selbstverwalter bzw. die Prepper-Szene,
  - c. die Chatgruppe „Nordkreuz“
- thematisiert? (Bitte einzeln aufschlüsseln.)

10. Welche Bezüge zu Aktivitäten der genannten Gruppen in Berlin wurden bei den unter 9. genannten Lagebesprechungen und Arbeitsgruppen im Einzelnen mit welchen jeweiligen Ergebnissen besprochen?

Zu 9. und 10.:

Beim „Gemeinsamen Extremismus und Terrorismusabwehrzentrum – Rechts“ (GETZ-R) handelt es sich um eine Kooperations- und Kommunikationsplattform für Polizei und Nachrichtendienste auf Bundes- und Landesebene. Die Federführung obliegt dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt. Inhalte können durch alle beteiligten Behörden eingebracht werden. Bei den geschäftsführenden Behörden handelt es sich um das Bundeskriminalamt bzw. um das Bundesamt für Verfassungsschutz. Insofern wird auf die Antwort zur Frage 3 verwiesen.

11. Welche Kenntnisse hat der Senat über aktuelle Entwicklungen und Präventionsmaßnahmen in Bezug auf so genannte Prepper bei

- a. der Berliner Polizei,
- b. der Bundeswehr,
- c. Reservist\*innenverbänden,
- d. dem Berliner Verfassungsschutz,
- e. weiteren Organe im Sinne der Fragestellung?

(Bitte einzeln aufschlüsseln.)

Zu 11.:

Siehe Vorbemerkung.

12. Welche aktuellen Erkenntnisse hat der Senat über die Chatgruppe „Nordkreuz“ und einen Berliner Ableger?

Zu 12.:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Berlin, den 26. Februar 2020

In Vertretung

Aleksander Dzembitzki  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport